

presse

Rheinland-Pfalz erteilt Plänen von Ministerin Schröder eine Absage

Zum Bundesratsantrag des Landes Rheinland-Pfalz für einen einheitlichen "Freiwilligen sozialen Dienst" erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dagmar Ziegler:

Wir begrüßen den Bundesratsantrag von Rheinland-Pfalz für einen einheitlichen "Freiwilligen sozialen Dienst". Rheinland-Pfalz setzt damit auf den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Das ist der richtige Weg.

Genau wie wir lehnen die Rheinland-Pfälzer den "freiwilligen Zivildienst" von Bundesministerin Schröder ab. Dabei wissen wir viele Wohlfahrtsverbände und Träger an unserer Seite. Denn das von der Ministerin beabsichtigte Nebeneinander von freiwilligem Zivildienst und Jugendfreiwilligendiensten führt zu teuren und überflüssigen Doppelstrukturen. Letztlich wird es zur Existenzgefährdung für die bewährten Formate "Freiwilliges Soziales Jahr" und "Freiwilliges Ökologisches Jahr".

Durch das Aussetzen der Wehrpflicht ergibt sich eine Chance, noch mehr junge Menschen für ein freiwilliges Engagement zu begeistern und für einen Dienst an der Gemeinschaft zu gewinnen. Statt aber auf die Kräfte der Zivilgesellschaft zu vertrauen, droht die Ministerin die Zukunft der Jugendfreiwilligendienste eigenmächtig zu verspielen. Es ist gut, dass Rheinland-Pfalz dem einen Riegel vorschieben will.